

Vor großen Herausforderungen

Besuch von Boris Tadic in Berlin

Eine Delegation unter Leitung des jugoslawischen Ministers für Telekommunikation und Stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Boris Tadic, besuchte auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin. Neben dem Minister gehörten zwei junge Abgeordnete des serbischen Parlaments sowie eine Vertreterin von OTPOR zu der Delegation.

Schon in früheren Jahren hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung Angehörige der serbischen Opposition zu Gast in Deutschland. Damals musste die Ausreise über den Umweg Ungarn erfolgen. Nach dem Sturz des Milosevic-Regimes nehmen diese Personen wichtige Funktionen in der neuen serbischen bzw.

jugoslawischen Regierung ein. So auch Boris Tadic.

Die neue Regierung in Serbien steht vor ungeheuer großen Herausforderungen. Dies machte Boris Tadic seinen Gesprächspartnern, zu denen neben Politikern auch Vertreter von Ministerien, Industrie und Verbänden gehörten, deutlich.

Die Transformation von Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft, die in anderen Ländern Mittelosteuropas seit zehn Jahren fortschreitet, kann in Jugoslawien erst jetzt beginnen. Dringende Reformprojekte, wie die Revision der Verfassung, sind jedoch abhängig von der Zukunft der Bundesrepublik Jugoslawien, zu der auch Montenegro gehört. Im Kosovo und in Südserbien üben albanische Terroristen, die

nach Unabhängigkeit streben, Anschläge auf dort lebende Serben aus und setzen die neue Regierung damit innenpolitisch unter Druck. Ein weiteres Problem ist die von der internationalen Staatengemeinschaft geforderte Auslieferung des Ex-Diktators Milosevic nach Den Haag.

Nach wie vor besteht in Jugoslawien die Gefahr, dass die alten Kräfte, die in Verwaltung und Wirtschaft noch immer Schlüsselpositionen besetzen, die Oberhand gewinnen.

Ein Vortrag Tadic's in der Berliner Akademie wurde von etwa 200 interessierten Personen besucht. Im Anschluss entstand eine lebhafte Diskussion über die Frage der Bewältigung von Vergangenheit in ehemals diktatorischen Systemen.

Kristina Pratsch-Hucko

Auf Erfolgskurs

Enrique Iglesias sprach in Frankfurt zur wirtschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika

Im Rahmen der KAS-Vortrags- und Diskussionsreihe „Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – global“ sprach Enrique Iglesias, der Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank, in der Commerzbank in Frankfurt vor über 270 Zuhörern über „Die wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika im Kontext der Weltwirtschaft“.

Iglesias, den Dr. Gerhard Stoltenberg, der stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, als einen der Hauptakteure bei den dringlichen Reformen in dem Subkontinent vorstellte, analysierte die Ausgangslage in Lateinamerika nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei ging er auf die damals vorherrschende Entwicklungsstrategie der Importsubstitution und die ihr zugrunde liegenden politischen Vorstellungen ein, die zu der großen Krise der achtziger Jahre ganz entscheidend beitrugen. Die zu deren Überwindung ergriffene Reformpolitik wird von mehreren Pfeilern getragen:

Am Anfang der Reformen stand die Einsicht, dass die Öffnung für die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung Voraussetzung für die Entwicklung eines Landes ist. Das setzt auch Flexibilität innerhalb eines Landes voraus, von einer breit angelegten

Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bis zu Privatisierung, Haushaltskonsolidierung, Inflationsbekämpfung und Diversifizierung der Exporte. Die durch die Globalisierung erzwungenen Reformen sind zwar hart, aber notwendig.

Insofern hielt Präsident Iglesias den WTO-Gipfel von Seattle für deprimierend, gerade auch für Entwicklungsländer. Bei der globalen Finanzordnung sei insbesondere für verbesserte Transparenz zu sorgen. Die durch die wirtschaftlichen Reformen eingeleiteten Strukturänderungen müssten allerdings durch den Aufbau effizienter sozialer Netze begleitet werden.

Institutionelle Reformen sind ein weiterer Pfeiler der neuen Wirtschaftspolitik. Hier ist besonders an das Rechtssystem zu denken. Eine verbesserte Legitimität wird aber auch von einem entschlossenerem Herangehen an soziale Probleme erwartet. Hier kommt vermehrten Bildungsanstrengungen eine entscheidende Bedeutung zu, und zwar sowohl hinsichtlich der Erfordernisse einer sich modernisierenden Wirtschaft als auch hinsichtlich einer weniger ungleichen Einkommensverteilung. Gerade auf dem Bildungssektor ist Lateinamerika gegenüber Asien in den letzten

Jahrzehnten erheblich zurückgefallen – mit entsprechenden Folgen für das wirtschaftliche Wachstum und die Zementierungen der sehr ungleichen Einkommensverteilung.

Weitere Pfeiler der neuen wirtschaftspolitischen Orientierung sind die Integration und die Förderung von Mittel- und Kleinbetrieben.

Daneben ist die Effizienz des öffentlichen Sektors zu steigern. Dies schließt Reformen in staatlichen und hoheitlichen Einrichtungen ein bis hin zur Dezentralisierung. Auch die Entwicklung einer Zivilgesellschaft trägt wesentlich zur Konsolidierung der Demokratie sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bei.

Lateinamerika befindet sich mit den Reformprogrammen auf einem insgesamt erfolgreichen Weg, wenn auch mit erheblichen Unterschieden von Land zu Land. Die „Verwundbarkeit“ der Länder ist allerdings noch groß. Erfreulich ist indes die Beobachtung, dass sich wichtige Lerneffekte aus früheren Fehlern eingestellt haben, die sich in jüngster Zeit positiv beim wirtschaftspolitischen Management verschiedener Krisen bemerkbar gemacht haben.

Hans-Peter Schneider